Reduktion von Militärbudgets

Einleitung

„Alles, wonach wir als menschliche Gemeinschaft streben – Würde, Hoffnung, Fortschritt und Wohlstand –, ist abhängig vom Frieden. Aber Frieden wiederum hängt von uns ab“, mit diesen Worten wendete sich Antonio Guterres in seiner Neujahrsansprache 2017 als frisch vereidigter Generalsekretär der Vereinten Nationen an Bürger*innen und Regierungen weltweit. Laut dem Stockholmer Institut für Internationale Friedensforschung (SIPRI) erreichten die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2017 mit schätzungsweise 1.739 Mrd. US-Dollar den höchsten Stand seit Ende des Kalten Krieges. Das entspricht 2,2 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Der frühere Generalsekretär Ban Ki Moon kritisierte bereits vor einigen Jahren den hohen Anstieg der weltweiten Militärausgaben und warf der Staatengemeinschaft vor, das Geld nicht für „akuteste Entwicklungsprobleme wie Armutsbekämpfung, Vervollkommnung des Gesundheitswesens oder Kampf gegen die Klimaerwärmung“ einzusetzen.

Die UN sind seit ihrer Gründung und insbesondere durch die Aufrüstung während des Kalten Krieges bemüht, militärische Abrüstung voranzubringen. Hierfür wurde der Hauptausschuss 1, der Ausschuss für Abrüstung und Internationale Sicherheit, ins Leben gerufen. Zu dessen Aufgaben gehört auch die Frage, wie Staaten dazu bewegt werden können, ihr Militärbudget zu reduzieren.

Hintergrund und Grundsätzliches

Laut dem aktuellen Bericht des SIPRI steigen die weltweiten Ausgaben für Militärbudgets weltweit an – in absoluten Zahlen sind sie 2017 so hoch wie nie, im Vergleich zum Vorjahr ist eine Steigerung um 1,1% erkennbar. Zwar ist der Anteil der Militärausgaben am weltweiten BIP gesunken, jedoch zeichnet sich durch die Steigerung der weltweiten Ausgaben eine besorgniserregende Entwicklung für den weltweiten Frieden ab. Ein Beispiel für den Anstieg der Militärausgaben sind die USA, die bereits seit Jahren Spitzenreiter dieser Statistik sind. Doch auch andere Länder wie zum Beispiel die Volksrepublik China bauen ihren Rüstungsetat immer weiter aus.

In Zusammenhang mit diesen Zahlen stehen auch Verteidigungsbündnisse wie die North Atlantic Treaty Organization (NATO), die sich selbst ein sogenanntes „2-Prozent-Ziel“ gesetzt hat. Dies bedeutet, dass alle Mitgliedsstaaten 2% ihres BIPs für Verteidigung ausgeben sollen. Allerdings wird dieses Ziel längst nicht von allen Mitgliedstaaten erreicht und das, obwohl die meisten europäischen Staaten ihr Militärbudget seit Jahren erhöhen.

Dennoch fordern vor allem die USA mit Nachdruck, dass die europäischen Mitgliedsstaaten das 2-Prozent-Ziel erreichen sollen. Dies führt dazu, dass die Militärausgaben in den 29 Mitgliedsstaaten kontinuierlich steigen, was für das Ziel der Abrüstung nicht förderlich ist.

Doch nicht nur staatliche Militärausgaben stellen ein Problem für den Frieden dar. Laut der Kampagne „Control Arms“, die von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International getragen wird, sind 60% der weltweit verfügbaren Kleinwaffen in Privatbesitz. Problematisch ist dies vor allem in Staaten, in denen die politische Situation aktuell instabil ist. Auf diese Weise kommen oppositionelle Gruppierungen wesentlich leichter an Waffen, mit denen sie versuchen, den Staat zu stürzen. Die Gründung paramilitärischer Gruppen wird hierdurch ebenfalls bestärkt.

In Folge dessen steckt der Staat sein Geld primär in den Aufbau eines starken Militärs, was wiederum dazu führt, dass das Militärbudget steigt und andere Bereiche wie der Aufbau eines Sozial – oder Gesundheitssystems zu kurz kommen. Dies führt zu Missständen in der Bevölkerung, die so das Vertrauen in den ohnehin fragilen Staat verliert.

Aktuelles

Die Reduzierung von Militärbudgets ist vor allem für die Erreichung verschiedener Ziele der UN wichtig. Hier sind vor allem die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 (SDGs) zu nennen – zum einen Ziel 16: Frieden und internationale Sicherheit, allerdings auch andere Ziele wie Ziel 1: Keine Armut oder Ziel 2: Kein Hunger. Der Erreichung der letzten beiden Ziele könnten finanzielle Mittel, die nicht für Militär aufgewendet werden, zugutekommen.

Da generell eine Unverhältnismäßigkeit von weltweiten Militärausgaben zu den für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehenden Mitteln besteht, wären die nachhaltigen Entwicklungsziele ein guter Ansatzpunkt, um Militärbudget anders einzusetzen. Zudem müssten, um Ziel 16 überhaupt erreichen zu können, die Militärausgaben ohnehin gesenkt werden. Die Verringerung der Ausgaben würde dazu führen, dass sich das globale wie auch das regionale Sicherheitsgefühl steigern würde. Im Zuge dessen würde auch die internationale Sicherheit sowie die Stabilität der Staatengemeinschaft sowie einzelner Länder wachsen.

Um das Sicherheitsgefühl zu stärken, haben die UN bereits 1981 einen Mechanismus etabliert, über den die Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben transparent machen können. Dies ist allerdings nicht verpflichtend. Das Büro für Abrüstungsfragen hat die Ausgaben aller Staaten, die sich hieran beteiligen, auf seiner Website aufgelistet. Es fällt allerdings auf, dass sich trotz dieser Initiative für mehr Transparenz insbesondere Staaten aus Krisengebieten nicht hieran beteiligen.

Des Weiteren wurde im Jahr 2013 unter anderem auf Initiative der Control Arms Koalition, eines Zusammenschlusses verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty) durch die Generalversammlung der UN verabschiedet. Dieser Vertrag soll den internationalen Handel mit konventionellen Waffen regeln und wurde bisher von bereits 97 Staaten ratifiziert und von 39 weiteren unterzeichnet.

Probleme und Lösungsansätze

Obwohl es Bemühungen zur Steigerung der Transparenz über die Militärbudgets einzelner Staaten gibt, wird die tatsächliche Höhe dieser nicht von allen Staaten veröffentlicht. Eine Steigerung der Transparenz wäre allerdings ein erster wichtiger Schritt für die Reduktion der weltweiten Militärausgaben, da nur so erkannt werden kann, welche Staaten hier besondere Probleme zu haben scheinen.

Eine verbindliche Offenlegung der staatlichen Militärausgaben gegenüber dem Büro für Abrüstungsfragen für alle Staaten könnte ein möglicher Vorschlag sein. Allerdings kann weder der Hauptausschuss 1 noch die Generalversammlung verbindliche Entscheidungen treffen. Daher muss ein Mechanismus der Selbstverpflichtung gefunden werden. Außerdem ergibt sich hier das Problem, dass einige Staaten möglicherweise falsche Angaben machen. Um diesen Effekt abzuschwächen, müsste ein Weg gefunden werden, die Angaben bei gleichzeitiger Einhaltung staatlicher Souveränität zu überprüfen. Abschließend könnten die Ausgaben dann in einem Report des Generalsekretärs veröffentlicht werden.

Ein weiteres Problem stellt die Frage dar, wie es möglich ist, internationales Vertrauen zwischen den einzelnen Staaten zu schaffen. Nur wenn dieses Vertrauen aufgebaut wird, kann die Nachfrage von Einzelstaaten nach einem extrem gut aufgestellten Militär reduziert werden. Dieses Vertrauen scheint allerdings vor allem in Anbetracht aktueller Entwicklungen wie dem Syrien-Konflikt oder dem generellen Erstarken nationalistischer Strömungen kaum vorhanden zu sein.

Eine Möglichkeit wäre, dieses durch verschiedene Mechanismen und Strukturen zu etablieren. Als Beispiel können hier Regionalorganisationen wie die Europäische Union dienen, die Sicherheitsstrukturen auf regionaler Ebene etablieren und fördern. Wie oben angedeutet, sollten die Mittel, die im Verteidigungsetat einzelner Staaten eingespart werden, für das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele aufgewandt werden. Hiervon würde die gesamte internationale Staatengemeinschaft profitieren, da das Erreichen der Agenda 2030 für die weitere Entwicklung des Planeten von erheblicher Bedeutung ist. Doch wie kann sichergestellt werden, dass die Ersparnisse auch tatsächlich für die nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden?

Des Weiteren muss vor allem mit Blick auf die Zukunft bedacht werden, dass sich die Art der Kriege aktuell in einem Wandel befindet. Immer wieder gibt es Terroranschläge und Cyberangriffe. Aufgrund dessen scheint die Auseinandersetzung mit der Frage nach der Sinnhaftigkeit klassischer Armeen und Verteidigungsetats unvermeidbar zu sein.

Wie wird sich dieser Wandel auf das Militärbudget einzelner Staaten auswirken? Durch vermehrte Cyberattacken von Staaten gegeneinander könnte es zu einer neuen Art von Wettrüsten in diesem Bereich kommen. Welche Maßnahmen können getroffen werden, um diesem vorzubeugen?

Auf der anderen Seite profitieren einige Staaten extrem von der weltweiten Waffenproduktion und dem Handel mit Waffen. Folglich könnten für einige Staaten wirtschaftliche Verluste entstehen, wenn bisherige Waffenkäufer ihre Militärbudgets reduzieren. Welche Anreize könne geschaffen werden, damit auch Waffenexporteure dazu beitragen, die globale Abrüstung voranzutreiben?

Punkte zur Diskussion

Bei der inhaltlichen Vorbereitung des Hauptausschusses und besonders bei der Erarbeitung von Positions- und Arbeitspapieren sollen die folgenden Fragen als Leitlinien dienen:

- Auf welche Weise kann die Transparenz von Militärausgaben gesteigert werden? Wie kann eine Offenlegung dieser für alle Mitgliedsstaaten verpflichtend gemacht werden?
- Wie kann über gesteigerte Transparenz hinaus international Vertrauen geschaffen werden? Welche weiteren Möglichkeiten gibt es, Militärbudgets weltweit zu reduzieren? Welche Anreize für Staaten können geschaffen werden, ihre Militärausgaben zu reduzieren?
- Wie kann sichergestellt werden, dass eine Reduktion von Militärbudgets den nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 (z.B. Hunger, Armut etc.) zugutekommt?
- Wie kann mit der Thematik in Hinblick auf die Zukunft umgegangen werden? Welchen Einfluss hat es auf die Entwicklung von Militärbudgets und das Ziel der Abrüstung, wenn sich der Fokus bei der Verteidigung von klassischen Armeen wegbewegt?
- Sollten Waffenexporteuren Anreize geboten werden, um ihren Anteil an der globalen Abrüstung zu leisten? Wenn ja, in welchem Rahmen können diese erfolgen?

Wichtige Dokumente

- Arms Trade Treaty: https://unoda-web.s3-accelerate.amazonaws.com/wp-content/uploads/2013/06/English7.pdf
- Sustainable Development Goals: https://sustainabledevelopment.un.org/sdgs

Quellen und weiterführende Links

- Startseite des United Nations Office for Disarmament Affairs (UN-Büro für Abrüstungsfragen): https://www.un.org/disarmament/
- The United Nations Office for Disarmament Affairs: Report on Military Expenditures: https://www.un.org/disarmament/convarms/milex/
- The United Nations Office for Disarmament Affairs: Securing our Common Future - An Agenda for Disarmament: https://front.un-arm.org/documents/SG+disarmament+agenda_1.pdf
- The United Nations Office for Disarmament Affairs: Disarmament - A Basic Guide: https://s3.amazonaws.com/unoda-web/wp-content/uploads/2017/09/Basic-Guide-4th-Edition-web1.pdf
- Startseite des United Nations Institute for Disarmament Research (Institut für Abrüstungsforschung der Vereinten Nationen): http://www.unidir.org
- Stockholm International Peace Research Institute - Military Expenditure Database: https://www.sipri.org/databases/milex
- Stockholm International Peace Research Institute - Yearbook 2018 (Kurzfassung auf Deutsch): https://www.sipri.org/sites/default/files/2018-09/sipri_yb18_summary_de_0.pdf
- Stockholm International Peace Research Institute - Gut aufbereiteter Überblick über Militärausgaben in 2017: http://visuals.sipri.org/
- Website der Control Arms Koalition: https://controlarms.org/.
- Überblick über das Nachhaltige Entwicklungsziel 16 (SDG 16): https://www.flickr.com/photos/unindia/32438893496/in/album-72157677747004591/